

Wie viel wofür? Geschätzte und gewünschte Verteilung von Österreichs Staatsausgaben

- Im Schnitt haben in Österreich lebende Menschen ein relativ realistisches Bild davon, welche Staatsausgaben in verschiedenen Ausgabenbereichen wie viel ausmachen.
- Am stärksten weicht das subjektive Bild bei den kleinsten und größten Ausgabenbereichen von objektiven Zahlen ab. Ausgaben für den Umweltschutz werden am stärksten über- und Ausgaben für Pensionen am stärksten unterschätzt.
- Bereiche, in denen aus Sicht der Befragten mehr ausgegeben werden sollte, sind insbesondere der Umweltschutz, das Bildungswesen und die Forschung sowie der Gesundheitsbereich.
- Besonders im Bereich von Wirtschafts- und Industrieförderung liegt der gewünschte Anteil an den Staatsausgaben im Schnitt deutlich unter dem wahrgenommenen Anteil.

von Lukas Schlögl, Fabian Kalleitner und Licia Bobzien

Die Staatsausgaben sind in aller Munde: Lange wurden sie vor der Drohkulisse wachsender Staatsverschuldung diskutiert. Nun gibt es eine Debatte, ob öffentliche Ausgaben für Wirtschaftsförderungen und Sozialleistungen die Inflation treffend abfedern oder diese gar noch befeuern.

Doch wieviel gibt der Bund eigentlich in welchen Bereichen aus? Wie gut weiß die Bevölkerung über die Ausgabenposten Bescheid und in welchen Bereichen wünscht diese mehr oder weniger Ausgaben? Diese Fragen stellten wir im Rahmen einer von [WoCo](#) finanzierten und im Oktober 2022 durchgeführten Welle des Austrian Corona Panel Projects (ACPP) rund 1,500 repräsentativ ausgewählten in Österreich wohnenden Personen im Alter ab 14 Jahren. Ziel war es, die *Wahrnehmungen* der österreichischen Bevölkerung hinsichtlich der Struktur der Staatsausgaben zu erkunden und diese in ein Verhältnis zu den *Präferenzen* der Bevölkerung hinsichtlich der Zuteilung öffentlicher Gelder zu stellen.

Staatsausgaben im Punkteschema

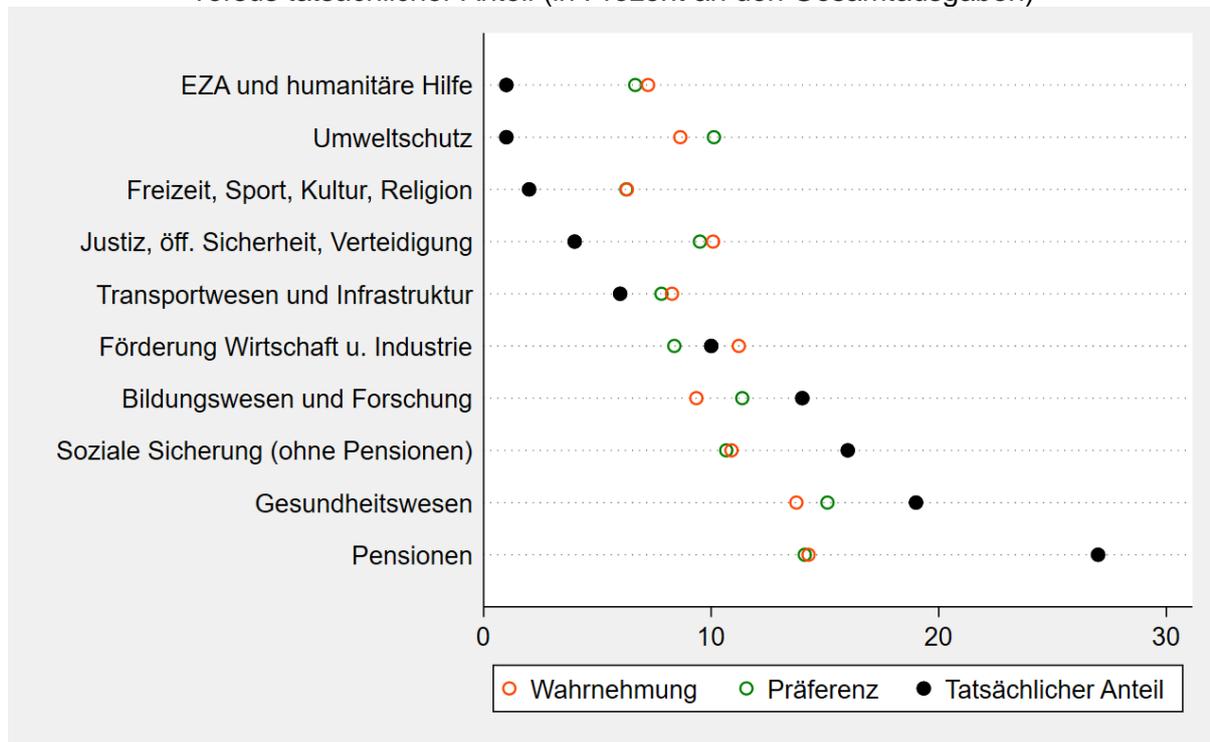
Zur Messung von Wahrnehmungen und Präferenzen baten wir die Teilnehmer*innen der Umfrage, sich vorzustellen, dass die Ausgaben des österreichischen Staates in 10 vorgegebenen Aufgabenbereichen (siehe Abbildung 1) zusammen 100 Punkte ausmachen. Die Teilnehmer*innen sollten anschließend **schätzen**, wie viel jeder Bereich in der **Realität** nach Punkten tatsächlich ausmacht. In einem zweiten Schritt fragten wir, wie sich ihrer **Meinung** nach die 100 Punkte auf diese Bereiche aufteilen **sollten**. Unsere Umfrage gibt damit keine Auskunft darüber, wie hoch die Staatsausgaben nach Ansicht der Befragten *insgesamt* sind beziehungsweise sein sollten. Vielmehr untersuchen wir das *relative* Gewicht, das Befragte unterschiedlichen Ausgabenposten zuweisen.

Pro Ausgabenkategorie erhoben wir bei jeder befragten Person also einen *geschätzten Ist-* und einen *gewünschten Soll-Wert*. Bei den Ausgabenkategorien orientierten wir uns an der internationalen Klassifikation der Staatsaufgaben (COFOG), wobei wir aus Gründen der Verständlichkeit einige Modifikationen vornahmen¹. Um Einflüsse durch das Design der Umfrage

¹ Insbesondere verzichteten wir auf den heterogenen Bereich der "Allgemeinen öffentlichen Verwaltung" (der etwa auch Zahlungen an das EU-Budget beinhaltet) sowie auf den quantitativ kleinen Sektor "Wohnungswesen und kommunale Gemeinschaftsdienste". Den Bereich Grundlagenforschung lösten wir aus der allgemeinen Verwaltung und fusionierten ihn, ebenso wie die Angewandte Forschung in anderen Kategorien, mit dem Bildungswesen, das auch im selben Ministerium ressortiert. Ebenfalls lösten wir aus der allgemeinen Verwaltung den Bereich "Wirtschaftshilfe für das Ausland" heraus und nannten diesen zeitgemäßer "Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe". Die Bereiche "Verteidigung" und "Öffentliche Ordnung und Sicherheit" fusionierten wir zu einer Kategorie. Aus dem Bereich "Wirtschaftliche Angelegenheiten" lösten wir Transportwesen und Infrastruktur heraus und benannten den verbleibenden Sektor in "Förderung von Wirtschaft und Industrie" um. Den großen Bereich der "sozialen Sicherung" unterteilten wir in "Soziale Sicherung (exkl. Pensionen)" und "Pensionen".

auf das Antwortverhalten möglichst gering zu halten, wurden die Antwortkategorien den Befragten in zufälliger Reihenfolge angezeigt. Da die Budgetfrage inhaltlich anspruchsvoll ist und den Befragten keine Ausweichmöglichkeit zuließ, besteht die Gefahr, dass manche die Frage rasch “durchklicken”. Befragte, bei denen wir solches Antwortverhalten beobachten konnten, schließen wir im Folgenden von der Analyse aus, da diese die Ergebnisse verzerren würden. Die Stichprobe verkleinert sich dadurch auf 1,155 Befragte².

Abbildung 1. Staatsausgaben nach Bereichen: Mittlere Wahrnehmung und mittlere Präferenz versus tatsächlicher Anteil (in Prozent an den Gesamtausgaben)



Quelle: Berechnungen der AutorInnen auf Basis von ACPP und Statistik Austria.
N=1.155 Befragte (nach Bereinigung verzerrenden Antwortverhaltens),
demografisch gewichtet.

Ist versus Soll

Abbildung 1 zeigt die Mittelwerte des von den Befragten wahrgenommenen Anteils (orange) und des präferierten Anteils (grün) der jeweiligen Bereiche an den Staatsausgaben. Zum Vergleich zeigt die Abbildung auch den tatsächlichen Anteil der Bereiche an den Staatsausgaben (schwarz) nach Berechnung der Autor*innen auf Grundlage von Daten der [Statistik Austria](#) für das Jahr 2021.

Aus der Differenz der Ist- und Soll-Werte lässt sich ableiten, wie stark die Befragten im Schnitt eine Veränderung der Ausgaben in die eine oder andere Richtung, relativ zu ihrer Wahrnehmung, wünschen. Bereiche, in denen implizit aus Sicht der Befragten mehr ausgegeben werden sollte, sind insbesondere der Umweltschutz, der Bereich Bildungswesen/Forschung sowie der Gesundheitsbereich. Beim Umweltschutz ist die Diskrepanz zwischen Soll-Wert und dem von uns geschätzten tatsächlichen Anteil mit rund 9%-Punkten besonders groß. Es handelt sich zugleich um den Bereich, dessen Anteil an den Staatsausgaben am stärksten überschätzt wird. Dies

² Konkret schlossen wir Befragte aus, wenn diese weniger als 25 Sekunden für die Beantwortung aufwendeten, mindestens der Hälfte der Ausgabenkategorien den Wert 0%, mindestens einer Kategorie einen Wert von mindestens 50% und/oder allen Kategorien den Wert von 10% zuwiesen. Die nach Bereinigung dieser Antworten verbleibenden Befragten waren im Schnitt etwas älter und etwas häufiger weiblich als unsere ursprüngliche Stichprobe.

könnte ein Resultat reger Medienberichterstattung und politischen Diskurses über Umweltthemen (Stichwort: "Klimakleber" u.v.m.) sein³³.

Im Gegensatz dazu bevorzugen die Befragten vor allem bei der Förderung von Wirtschaft und Industrie im Schnitt weniger hohe Ausgaben als von ihnen wahrgenommen werden – und auch weniger als die von uns errechneten tatsächlichen Anteile der Staatsausgaben. Auch dies könnte ein Effekt aktueller Berichterstattung zum Thema "Überförderung" im Kontext der Covid-Pandemie und der eingangs erwähnten Teuerungsproblematik sein. Im Bereich Justiz, öffentliche Sicherheit und Verteidigung sowie bei EZA/Humanitärer Hilfe liegt der gewünschte Anteil zwar im Schnitt leicht unter dem von dem Befragten wahrgenommenen Anteil, letzterer jedoch weit über dem von uns eruierten tatsächlichen Niveau. Der Umstand, dass in diesen Kategorien ein etwas geringeres als das wahrgenommene Niveau bevorzugt wird, kann angesichts der sicherheitspolitischen und humanitären Folgen des Ukraine-Krieges aber durchaus überraschen.

Bei den großen Ausgabenposten Soziale Sicherung und Pensionen wiederum liegt die Wahrnehmung der Befragten zwar relativ weit von der Realität entfernt, allerdings gibt es nur minimale Diskrepanzen zwischen Wunsch und Wahrnehmung – hier wird also im Schnitt keine Änderung gewünscht. Dies steht im Einklang mit [Erhebungen](#), laut denen die österreichische Bevölkerung wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen allgemein wohlwollend gegenübersteht.

Realitäts-Check

Obwohl die Wahrnehmungen der Befragten, wie beschrieben, in manchen Bereichen deutlich von objektiven Schätzungen abweichen, nehmen die Befragten die Größenordnungen der Staatsausgaben unterschiedlicher Bereiche, und besonders deren Reihenfolge, durchaus realistisch wahr. Die mittleren Schätzungen und die von uns auf Basis von Daten der Statistik Austria geschätzten Werte sind über die Bereiche stark korreliert. Man könnte daher von einem *wisdom-of-the-crowd* Effekt sprechen. Ein nennenswerter Teil der Befragten hat aber dennoch ein Bild von den Staatsausgaben, das von der Realität stark abweicht.

Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass die Befragten vor allem die kleineren Ausgabenposten (Umweltschutz, Entwicklungszusammenarbeit, Freizeit/Sport/Kultur/Religion) im Schnitt deutlich überschätzen, während sie die größten Ausgabenposten (insbesondere Pensionen) im Schnitt deutlich unterschätzen. Bei letzteren ist die Diskrepanz von allen Bereichen am stärksten ausgeprägt. Dies passt mit Resultaten aus [Studien](#) des menschlichen Urteilsvermögens zusammen, laut denen Menschen im Allgemeinen dazu neigen, kleine Wahrscheinlichkeiten zu überschätzen und große zu unterschätzen. Realistischer schätzen die Befragten im Schnitt die Ausgabenanteile für die Bereiche Transport, Wirtschaftsförderung und Bildung/Wissenschaft ein.

[Lukas Schlögl](#) ist Senior Researcher in der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf Themen der Entwicklungspolitik, Entwicklungsfinanzierung sowie Digitalisierung und technologischer Wandel.

[Fabian Kalleitner](#) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Research Platform Governance of Digital Practices am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Aktuell forscht er zu Themen wie Steuerpräferenzen, Steuerwissen, Wahrnehmungsmechanismen und Arbeitswerte.

[Licia Bobzien](#) ist Postdoktorandin im Projekt *perzepEU* ('Cohesion in Europe – Perceptions and Fields of Action') an der Hertie School, Berlin. Ihre Forschung beschäftigt sich mit (der Wahrnehmung) ökonomischer Ungleichheit und deren Auswirkungen auf politische Präferenzen und Einstellungen.

³³ Allerdings könnte der Bereich in der COFOG Klassifikation auch zu einem gewissen Grad unterschätzt werden, da nicht alle Aspekte des Umweltschutzes notwendigerweise der Kategorie Umweltschutz zugerechnet werden (z.B. umweltbezogene Wirtschaftsförderungen, Bildungsmaßnahmen, etc.).